

## Tafeln spalten die Gesellschaft

**Caritas veröffentlicht wissenschaftliche Studie zur Wirksamkeit existenzunterstützender Hilfen**

**Wer auf Tafeln, Warenkörbe und Kleiderkammern angewiesen ist, fühlt sich dauerhaft aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Das ist eines der zentralen Ergebnisse einer Untersuchung der Forschungsgruppe „Tafelmonitor“ von Prof. Stefan Selke (Furtwangen) und Prof. Katja Maar (Esslingen) zur Wirksamkeit existenzunterstützender Angebote, die die Diözesan-Caritasverbände in NRW in Auftrag gegeben haben.**

Die Spaltung der Gesellschaft, die sich in den existenzunterstützenden Angeboten fortsetze, „ist für die Caritas in NRW nicht akzeptabel“, erklärte der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf.

Existenzsicherung aber sei Aufgabe des Sozialstaats, so Kessmann, und dürfe nicht auf die Armenfürsorge der Wohlfahrtsverbände und der Gesellschaft verschoben werden. Tafeln, Suppenküchen, Kleider- und Möbelshops könnten und dürften als akute konkrete Hilfen in Notsituationen nicht auf Dauer angelegt sein. Allerdings könnten die Einrichtungen nicht schnell abgeschafft werden, sagte Kessmann. Vielmehr sei es erforderlich, sie so weiterzuentwickeln, dass sie auch die „Selbsteilungskräfte“ der Armen aktivierten. Laut Kessmann sollten etwa Suppenküchen und Kleiderkammern mit

anderen Angeboten der Caritas wie Schuld-

ner- und Erziehungsberatung verknüpft werden. „Wir müssen an den Problemen ansetzen und nicht Symptome kurieren.“ Gleichzeitig führe das weg von der Essens- oder Kleiderausgabe in Hinterhöfen und hin zu einer Art Sozialkaufhäuser, in denen den Betroffenen „auf Augenhöhe“ geholfen und die Teilhabechance von Menschen in Armut gefördert werde.

Die Studie trägt den Titel „Brauchen wir Tafeln, Suppenküchen und Kleiderkammern?“



Foto: Westbeld

Michaela Hofmann und Caritasdirektor H.-J. Kessmann stellten die Tafel-Studie vor.

### Lebhafte Debatte ausgelöst

Die Tafel-Studie der Caritas hat eine Debatte ausgelöst: Die Vorsitzende der Leichlinger Tafel, Waltraud Simon, weist nach einem Bericht des Kölner Stadtanzeigers (KStA) die Kritik an den Tafeln zurück. „Was haben die benachteiligten Mitbürger davon, wenn der Politik Versagen vorgeworfen wird?“, fragt sie. Die Tafel sei auch ein Treffpunkt, um mal mit jemandem zu reden, „aber wir hören auch zu“, berichtet sie.

Markus Kerckhoff, stellvertretender Vorsitzender der Tafel in Bergisch Gladbach, kann die Thesen in der Caritas-Studie durchaus nachvollziehen: „Als Diskussionsansatz ist die Studie sicherlich sinnvoll. Hartz-IV-Empfänger sind allerdings grundsätzlich mit ihrer Lebenssituation unzufrieden, und es verwundert mich nicht, dass sie den Gang zur Tafel als diskriminierend empfinden.“ ◀

und liegt als Buch vor. Befragt wurden nach den Worten der stellvertretenden Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz, Michaela Hofmann, haupt- und ehrenamtliche Helfer sowie regelmäßige Nutzer und „Nutzungsverweigerer“ von existenzunterstützenden Angeboten. Den Mitarbeitenden attestiert die Studie eine hohe Verantwortlichkeit für die menschenwürdige Existenz ihrer Mitmenschen. Sie verstünden sich als Ausfallbürgen für die mangelnde sozialstaatliche Absicherung. Ihnen gehe es um konkrete Unterstützung für einzelne in Not geratene Menschen und nicht um politische Arbeit bei der Bekämpfung der Ursachen. ◀



„Caritas in NRW – AKTUELL“  
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527

# Caritas: „Keine Auswahl aus der Petrischale“

## Nach Bundestagsdebatte: Streit um PID geht weiter

**Nach der Bundestagsdebatte über die umstrittenen Gentests an Embryonen streiten Vertreter aus Politik, Ethikrat und Kirchen um den richtigen Weg. Der Riss in Sachen Präimplantationsdiagnostik (PID) geht weiterhin quer durch die Parteien.**

Der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank Johannes Hensel sprach sich für ein klares Verbot der PID aus: „Es steht uns nicht zu, über das Weiterleben von Embryonen nach menschlichem Ermessen zu bestimmen“, sagte Hensel. Anlass für die aktuelle Debatte ist das letztjährige Urteil des Bundesgerichtshofes, das die PID in bestimmten Fällen erlaubt – unter anderem dann, wenn im Reagenzglas erzeugte Embryonen auf schwere genetische Schäden untersucht werden sollen.

„Wenn Embryonen auch nach noch so durchdachten Regeln der Kunst auf unerwünschte genetische Anlagen untersucht und aussortiert werden, ist ein wichtiger

Schutz für Embryonen durchbrochen“, warnte dagegen Diözesan-Caritasdirektor Hensel. Eine solche Auswahl öffne der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung die Tür.

Natürlich sei es zwar nachvollziehbar, dass sich Paare mit erblichen Vorbelastungen über die PID mehr Sicherheit wünschten, gesunde Kinder zu bekommen, sagte Hensel. „Dann aber müsste eine Liste erarbeitet werden, wer weiterleben darf und wer nicht“, kritisierte er. „Wir verheben uns!“, warnte Hensel, der selbst Mediziner ist. Zudem sei zu befürchten, dass die PID eine sinkende Bereitschaft der Gesellschaft, Menschen mit Behinderung zu akzeptieren, begünstige. Die Caritas engagiert sich derzeit mit ihrer Kampagne „Kein Mensch ist perfekt“ für die größere gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Es geht um den Schutz und die Würde des menschlichen Lebens. Diese Schutzwürdigkeit besteht von Anfang an. ◀

## Haussammlung der Caritas und Diakonie startet am 21. Mai

**„Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Matthäus 25,40). Unter diesem Motto rufen Caritas und Diakonie wieder zur Sommersammlung auf. Vom 21. Mai bis zum 11. Juni 2011 bitten die ehrenamtlichen Helfer landesweit um Spenden, die weitestgehend für Hilfsangebote direkt vor Ort eingesetzt werden.**

Krisensituationen und Notlagen können jeden treffen. Immer größer wird die Zahl derer, die aus eigener Kraft ihr Leben nicht mehr in allen Bereichen gestalten können. Dann brauchen Menschen konkrete, qualifizierte Hilfe und Begleitung, um im Leben wieder Tritt zu fassen. Das mag eine Beratung vor Ort sein, das kann eine aktive Begleitung bei der Arbeitssuche sein, ein neuer Kühlschrank oder die Gewissheit, dass das Kind täglich eine warme Mahlzeit bekommt.

Allerdings werden die öffentlichen Gelder für soziale Arbeit immer knapper. Um dieses verlässliche Hilfsnetz weiter zu gewährleisten, bei dem niemand – ob Jung oder Alt – „durch die Maschen fällt“, sind Diakonie

und Caritas in ihrer Arbeit immer mehr auf Spenden angewiesen. Deshalb ist der ehrenamtliche Dienst der Sammlerinnen und Sammler in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden. Caritas und Diakonie setzen das Geld vor allem dort ein, wo andere Mittel nicht ausreichen, um Hilfsangebote aufrechtzuerhalten. ◀

### Impressum

#### Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,  
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,  
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,  
Web: www.caritas-nrw.de

#### Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln,  
Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

**Chefredakteur:** Markus Lahrmann

**Abo-Fragen:** Merle Fuchs

Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:** Bonifatius GmbH  
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,  
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail:  
karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

## Caritas: „Langzeitarbeitslose nicht abhängen“

**Weitere Kürzungen bei Langzeitarbeitslosen hat die Caritas im Bistum Köln kritisiert. Nachdem bereits zu Beginn des Jahres die Eingliederungsleistungen für Arbeitslose um ein Viertel gekürzt worden seien, wolle die Bundesregierung jetzt die Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose massiv zurückfahren, hieß es.**

„Sollte dieser Gesetzentwurf Wirklichkeit werden, drängt die Politik viele am Arbeitsmarkt ohnehin schon Benachteiligte noch weiter ins Abseits“, befürchtet die Caritas. Sie forderte stattdessen einen „verlässlich geförderten Arbeitsmarkt“, um Langzeitarbeitslosen eine Chance und dauerhafte Perspektiven zu bieten. „Hierzu muss die Politik die nötigen Weichen stellen!“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Frank Johannes Hensel.

Manchmal sei die Arbeitslosigkeit der Anfang einer Unglückskette, die Familien zerstöre und Menschen sogar in Suchtkrankheit oder Wohnungslosigkeit treibe. „In den Beschäftigungsinitiativen der Caritas erhalten Langzeitarbeitslose wieder eine echte Chance. Sie haben einen geregelten Tagesablauf und erfahren, dass sie gebraucht werden. Wir dürfen diese Menschen nicht abhängen“, unterstrich Hensel. ◀

## Testbogen zur SGB-II-Selbsteinschätzung

**Die Caritas im Bistum Aachen hat einen Testbogen zur Selbsteinschätzung der Regelleistungen im SGB II entwickelt.**

Damit können Betroffene, aber auch Berater unverbindlich prüfen, ob möglicherweise ein Anspruch auf SGB-II-Leistungen besteht. Der Testbogen wurde aktualisiert, nachdem zum 1. 1. 2011 die Regelleistungen im SGB II angehoben worden waren. Die Caritas bewertet die Anhebung der Regelsätze als willkürlich. Sie fordert schon seit Jahren, die Eckregelsätze an die tatsächliche Ausgabenentwicklung in den für das Existenzminimum relevanten Bereichen anzupassen. Die Kostensteigerungen insbesondere für Energie müssten berücksichtigt werden. *Der Testbogen steht unter [www.caritas-ac.de](http://www.caritas-ac.de) (News/Termine) zum Download bereit.* ◀

## Neues Ausländerrecht unsinnig

**Münster** – Die Mitte März vom Bundestag beschlossenen Änderungen am Ausländerrecht werden nach Ansicht der Caritas im Bistum Münster die allseits geforderte Integration unnötig behindern. „Angesichts von übervollen Integrationskursen ist es unsinnig, eine langfristige Aufenthaltserlaubnis an die Bedingung eines Besuchs dort zu knüpfen“, erklärte Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. Dies unterstelle den Migrant\*innen, dass sie nur unter Druck bereit seien, Deutsch zu lernen. Die Erfahrung aus den letzten Jahren zeige dagegen, dass ihr Interesse die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze übersteige. Beschlossen worden war, dass Migrant\*innen so lange nur eine auf ein Jahr befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten, bis sie den Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen haben. Zu befürchten ist nach Ansicht von Kessmann auch, dass diese Änderung die Integration in den Arbeitsmarkt behindern wird. Arbeitgeber schreckten erfahrungsgemäß und verständlicherweise davor zurück, jemanden einzustellen, der nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis vorweisen könne. Kessmann forderte die Bundesregierung auf, ihrem immer wieder geäußerten Bekenntnis für schnellere Integration gemäß zu handeln, statt neue Hürden aufzubauen. ◀

## Aufruf: Flüchtlinge mitnehmen

**Neuss** – Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW hat dazu aufgerufen, junge Flüchtlinge auf Ferienfreizeiten mitzunehmen. Die Ausländerbehörden wurden gebeten, ihnen auch die Teilnahme an Ferienfreizeiten in anderen Bundesländern und im Ausland zu ermöglichen. Für NRW ist bereits seit Ende 2010 die sogenannte Residenzpflicht aufgehoben. Flüchtlingskinder können sich zumindest im gesamten Gebiet des Bundeslandes erlaubnisfrei aufhalten. Auf Antrag können die Behörden ihnen im Einzelfall auch eine für die Dauer der Reise befristete Aufenthaltserlaubnis erteilen, mit der eine Auslandsreise möglich wird. Viele Jugendverbände, Vereine und Initiativen setzen sich jedes Jahr dafür ein. Infos unter [www.ljr-nrw.de](http://www.ljr-nrw.de). ◀

## Projekt gegen sexuelle Gewalt

**Paderborn** – Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Hilfe für Menschen mit Behinderung, die sexuelle Gewalt erlebt haben. „Es fehlt nach wie vor ein flächendeckendes Beratungs- und Therapieangebot, das auf die besondere Situation der Betroffenen zugeschnitten ist“, erklärte Astrid Schäfers, Leiterin eines Projektes, das in den vergangenen drei Jahren diese Thematik bearbeitet hat. Menschen mit Behinderung, die

Opfer sexueller Gewalt geworden seien, hätten in der Regel keinen Zugang zu beratenden und therapeutischen Hilfen, da diese häufig zudem personell eher knapp ausgestatteten Beratungsangebote nur über wenig Erfahrungen mit dem Personenkreis der Menschen mit kognitiven Einschränkungen verfügten. Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn will Präventions- und Beratungsangebote für sie ausweiten. ◀

## Caritas fordert Rechtssicherheit bei Familienpflegezeit

**Köln** – Nachdem das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Einführung einer Familienpflegezeit gebilligt hat, haben Sozialverbände ihre Kritik an dem Vorhaben erneuert. Grundsätzlich gehe die Familienzeit in die richtige Richtung, „aber es bewegt sich alles im Bereich der Freiwilligkeit vonseiten der Arbeitgeber“, kritisierte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank Johannes Hensel. Opposition und Sozialverbände werfen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) vor, vor der Wirtschaft eingeknickt zu sein, weil es keinen Rechtsanspruch auf die Pflegezeit geben wird. In Deutschland werden mehr als 1,5 Millionen Pflegebedürftige durch Angehörige und ambulante Dienste zu Hause versorgt. ◀

## Neue Debatte um Pflegenoten

### Caritas und Diakonie fordern Zeitplan für neuen Pflege-TÜV

**Angesichts der neu entflammten Diskussion um eine Aussetzung des bestehenden Systems der Pflegenoten fordern die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe und der Diözesan-Caritasverband Münster einen kurzfristigen Fahrplan für ein neues Bewertungssystem, in dem es wirklich um die Qualität der Pflege geht.**

Die jetzigen Pflegenoten führen die Öffentlichkeit in die Irre, weil sie vorrangig die Qualität der Dokumentation bewerten, so die Kritik von Caritas und Diakonie. Auslöser der aktuellen Diskussion ist das „Moratorium zur Aussetzung der Pflegenoten“. Dazu aufgerufen hatten bekannte Wissenschaftler, unter ihnen der Sozial- und Rechtswissenschaftler Thomas Klie und die

Altersforscherin Ursula Lehr ([www.moratorium-pflegenoten.de](http://www.moratorium-pflegenoten.de)).

„Jetzt müssen die mit der Umsetzung der gesetzlichen Transparenzbestimmungen beauftragten Verhandlungspartner einen verbindlichen Zeitplan für die Einführung des neuen Instruments vorlegen“, so Günther Barenhoff, Sprecher des Vorstands der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe.

Die Bürger brauchten Klarheit, wie wirkliche Transparenz in der Pflege geschaffen werden könne. Eine Alternative zum bestehenden Benotungssystem wurde jüngst auf Fachtagungen von Caritas und Diakonie vorgestellt. Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann betont: „Bei dem neuen Ansatz geht es wirklich um die Ergebnisse von Pflege, also um Wohlbefinden, Gesundheit und Selbstständigkeit von Bewohnern.“ Die Grundlage für ein neues Bewertungssystem wurde von dem Institut für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld (IPW) und dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (ISG) im Auftrag der Bundesregierung entwickelt. ◀

cpd

# Das Rubbellos ist wieder da

## Lotterie der Wohlfahrtsverbände ist ein einfaches und gutes Fundraising-Instrument

**Vielen sozialen Einrichtungen fehlt Geld. Da braucht ein Kindergarten ein neues Klettergerüst, das Jugendheim eine Video-Ausrüstung, der Seniorentreff will einen Ausflug machen und, und, und. Doch woher nehmen?, fragen sich Mitarbeiter und Geschäftsführung oft. Die Lotterie „Helfen und gewinnen“ ist eine Möglichkeit, sich zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen.**

Lose verkaufen bringt Geld! Der Preis beträgt immer 1 Euro. Lose verkaufen stärkt aber auch die Kommunikation: „Wir tun etwas für den guten Zweck – und Sie können uns helfen“, das kann die einfache Botschaft sein.

Dazu kommt der Spaßfaktor: Rubbeln macht Spaß. Weil Rubbellose viel besser angenommen werden als die bisherigen Aufreißlose, wird die Lotterie in diesem Jahr wieder mit Rubbellosen gespielt.

Von jedem verkauften Los stehen 40 Cent der losverkaufenden Stelle zur freien Verfügung – und zwar steuerfrei. Die übrigen 60 Cent werden für Geldgewinne, Werbung und Sachkosten benötigt. Die Beteiligung an der Lotterie lohnt sich also. Es gibt immer wieder Gelegenheiten, nebenbei und ohne großen Aufwand Lose zu verkaufen: auf Sommerfesten, Jubiläen, Pfarrfesten, Sportfesten, in Altenheimen und Kindergärten, auf Messen, Geburtstagen, Betriebsfeiern, Weihnachtsmärkten, in Fußgängerzonen, im Bekanntenkreis. Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Zusätzlich können Losverkäufer selbst auch noch gewinnen (Aktion 100 : 1).

Lose gibt es bei der Lotteriegeschäftsstelle. Abgepackt sind sie zu je 300 Stück und werden in Kommission abgegeben. Unverkaufte Lose können also ohne Probleme wieder zurückgegeben werden. *Weitere Informationen sowie eine Bestellmöglichkeit unter [www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de).* ◀



*Stellvertretend für die vielen großen und kleinen Aktionen, mit denen Menschen aus NRW Geld zugunsten von „Lichtblicke“ gesammelt haben, waren Kindergartenkinder, Firmenvertreter, Sportler, Musiker und Karnevalisten zum „Lichtblicke“-Empfang in die Düsseldorfer Staatskanzlei eingeladen. Schirmherr Udo Kraft begrüßte gemeinsam mit seiner Gattin, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die über 100 Gäste aus ganz Nord-rhein-Westfalen. An Ostern überstiegen die Spenden die 3-Mio.-Euro-Grenze.*